

Landkreis Ravensburg

den 23. Jun. 2015

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 10.03.2015 im Gewerbliche Schule, Gartenstr. 128, 88212 Ravensburg,
Sitzungssaal Raum 130

Dauer 13:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Bürgermeister Thomas Kellenberger,

Herr Bürgermeister Clemens Moll,

Herr Bürgermeister Peter Müller,

Frau Dr. Silke Rieser,

Herr August Schuler,

Vertretung für KR Engler

Herr Bürgermeister Daniel Steiner,

FWV

Herr Oberbürgermeister Markus Ewald,

Herr Matthias Grad,

Herr Hans Peter Künst,

Herr Oberbürgermeister Michael Lang,

SPD

Herr Peter Clément,

Frau Gisela Müller,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,

Frau Liv Pfluger,

Herr Siegfried Spangenberg,

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Dr. Michael Föll,

Frau Marlene Gegenbauer,

Frau Anika Hemme,

Herr Knut Immeke,

Frau Andrea Mueller,

Frau Diana E. Raedler,

Herr Markus Thiel,

Gäste

Herr Martin Belser,

Frau Rose-Marie Duelli,

Frau Ivanka Seitz,

Caritas Bodensee-Oberschwaben, zu TOP 3

Beratungsstelle "Zuhause Leben", zu TOP 3

CJD Bodensee-Oberschwaben, zu TOP 8 nö

Abwesend:

CDU

Herr Rolf Engler,

wird von KR Schuler vertreten

Herr Wolfgang Pfefferle,

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,

Ausgelegte Tischvorlagen:

Leistungen der Pflegeversicherung, zu TOP 3

Presseartikel "Zuhause Leben", zu TOP 3

Pressemitteilung Staatsministerium, zu TOP 4.1

Pressemitteilung Integrationsministerium, zu TOP 4.1

Broschüre "Ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit, zu TOP 4.3

Dokumentation Zweiter Integrationskongress, zu TOP 4.3

Austauschblatt Suchthilfenetzwerk, zu TOP 7

Bei Interesse zum Mitnehmen:

Flyer Pflegestützpunkt

Flyer KIG "Gesundes Essen für den kleinen Geldbeutel"

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 Erstellung eines erweiterten Altenhilfe- und Pflegeplanes: Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2014
- 3 Tätigkeitsbericht Pflegestützpunkt / Zuhause-Leben-Stellen 2014
- 4 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern
 - 4.1 Entwicklungen in Deutschland im Jahr 2014
 - 4.2 Aktuelle Entwicklungen im Landkreis Ravensburg - Sachstand
 - 4.3 Flüchtlinge im Kreis Ravensburg: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2014
 - 4.4 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014
- 5 Betreuung von Menschen mit Behinderungen: Ambulant betreutes Wohnen (abw plus) - Verhältnis stationäre Plätze zu ambulanter Versorgung
- 6 EU-Projekt "Kinder im seelischen Gleichgewicht" - Sachstandsbericht
- 7 Anfragen und Bekanntgaben
 - 7.1 Anfragen und Bekanntgaben - Fortschreibung der Psychiatrieplanung
 - 7.2 Anfragen und Bekanntgaben - Jahresziele 2015 des Suchthilfenetzwerks Bodensee-Oberschwaben

Nichtöffentliche Sitzung

- 8 Antrag des CJD auf Komplementärmittel für das Welcome Center Bodensee-Oberschwaben
- 9 Integration von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen - Richtlinie des Landkreises Ravensburg zur Integration/Inklusion (KiTa-RL)
- 10 Anfragen und Bekanntgaben

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 02.03.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

Öffentliche Sitzung

§ 21

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokoll-Entwurf der Sitzung am 18.11.2014.

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

§ 22

Erstellung eines erweiterten Altenhilfe- und Pflegeplanes: Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2014

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert das weitere Vorgehen.

KRin Müller dankt für die Vorlage und den Beschlussvorschlag. Neben der Quantität der Heimplätze müsse auch die Qualität erfasst werden. In diesem Zusammenhang bestehe noch ein großer Anpassungsbedarf, ebenso hinsichtlich der Versorgungsstrukturen vor Ort, vor allem im ländlichen Bereich. Bei der sozialen Vernetzung von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen herrsche zwischenzeitlich eine neue Kultur des (nachbarschaftlichen) Helfens. Ihr gefalle der Name „Seniorenpolitisches Konzept des Landkreises Ravensburg“.

KRin Pfluger erwähnt die ambulanten Hilfen und das Zusammenwirken der ambulanten und stationären Strukturen.

KRin Rieser fragt nach Unterstützungsmöglichkeiten für die Angehörigen und Nachbarn. Auch hier müsse der Fokus auf die Qualität der Hilfeleistung gerichtet werden. Außerdem sollten die Hausärzte frühzeitig eingebunden werden, um die Niederschwelligkeit sicherzustellen.

Frau Raedler betont, dass die Verwaltung die pflegenden Angehörigen stets im Blick habe, beispielsweise mit einem umfassenden Fort- und Weiterbildungsangebot.

KR Clement stellt klar, dass es nicht nur um eine Bestandsaufnahme gehe, sondern auch um die Finanzierung der daraus resultierenden Konsequenzen.

Der Vorsitzende legt nahe, die Angebote abzuwarten. Nach Vorlage derselben könne das Gremium über die Inhalte befinden.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Sozialausschuss **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für die Erstellung eines Kreissenienplans einzuholen, der die im SPD-Antrag aufgeführten Merkmale und aktuellen Arbeitsergebnisse umfasst.

Diese Angebote werden dem Sozialausschuss im Herbst 2015 zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

§ 23

Tätigkeitsbericht Pflegestützpunkt / Zuhause-Leben-Stellen 2014

Frau A. Müller nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die verteilten Tischvorlagen (siehe Anlagen) und berichtet mit einer PowerPoint-Präsentation über die Tätigkeit des Pflegestützpunktes.

KRin Pfluger interessiert sich für den Betreuungsaufwand bei „eingeschränkter Alltagskompetenz“.

KRin Rieser tauscht sich mit Frau A. Müller und den KRen Clement und Prof .Steidle über die Strukturen bei den niedergelassenen Ärzten aus.

KRin Pfluger fragt nach den Gründen für die komplexer werdenden Beratungstätigkeiten.

Frau A. Müller teilt mit, dass die Regelungen der neuen Gesetzgebung eine telefonische Beratung zum Teil unmöglich machen und ein persönliches Gespräch mit den jeweiligen

Unterlagen und zum Teil mit Begleitung erfordern. Unter Umständen gebe es auch gar keine Angehörigen mehr, die bei dem Gespräch unterstützend mitwirken können.

KRin Pfluger möchte wissen, ob Einzelfälle wegen fehlender Zeit auch abgewiesen werden mussten.

Frau A. Müller verneint dies; gegebenenfalls müsse ein Gespräch jedoch in der Zeit reduziert werden.

KRin Pfluger befürchtet, dass Themen wie

- Mithilfe im Haushalt oder
- fehlende Mobilität

immer stärker in den Vordergrund treten werden.

KRin Müller stellt fest, dass der freie Wohnungsmarkt nicht auf behinderten- bzw. senioren-gerechtes Wohnen ausgerichtet sei. Im „Betreuten Wohnen“ herrsche eine große Personal-knappheit. Mitarbeiter seien schwer zu finden und oft nicht bezahlbar.

KR Steiner bestätigt, dass der Wechsel in die Pflegebedürftigkeit im Einzelfall zu völliger Überforderung führen kann. Der Pflegestützpunkt als erste Anlaufstelle sei nach wie vor zu unbekannt und müsse dringend stärker beworben werden.

KR M. Lang erkundigt sich nach der Rolle der Nachbarschaftshilfen im Landkreis Ravens-burg.

Frau A. Müller hält diese Einrichtungen für sehr bedeutend. Sie geht davon aus, dass diese Institution in den nächsten Jahren ihr Profil schärfen und sich vor allem gegen Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen abgrenzen muss.

KR Clement sieht die Verantwortung der Kreisräte darin, den Betroffenen rechtzeitig die notwendigen Hilfestrukturen zu bieten, z.B. durch die Ausweitung der Barrierefreiheit, um der eigentlichen Notlage bereits im Vorfeld zu begegnen.

Herr Belser und Frau Duelli schildern die Arbeit der Zuhause-Leben-Stellen. Frau Duelli gibt zu bedenken, dass das gesamte vielfältige Angebot nur dann greifen könne, wenn auch die Angehörigen in die gleiche Richtung gehen und sich über das weitere Vorgehen einig sind.

Auf Frage von KR Kunst teilt Frau Raedler mit, dass die Folgen der Sozialraumänderung beobachtet werden sollen – gegebenenfalls erwäge die Verwaltung dann, eine Stellenerweiterung zu beantragen.

KR Kellenberger bittet um Unterstützung bei der Bildung von Hilfestrukturen vor Ort.

Frau Duelli beschreibt ihre Netzwerke in den verschiedenen Gemeinden. Sie sieht sich als Impulsgeberin und als Vermittlerin an die vorhandenen örtlichen Strukturen.

KRin Pfluger bezweifelt, dass es vor Ort überhaupt genügend ehrenamtliches Interesse gibt.

Herr Belser bestätigt diese Befürchtung. Deshalb wolle er auf die Kirchen zugehen und diese für die Wichtigkeit der Nachbarschaftshilfen sensibilisieren. Diese Strukturen müssten unbedingt gestärkt werden.

KR M. Lang weist darauf hin, dass es gar nicht in jeder Kirchengemeinde eine Nachbarschaftshilfe gibt. Immer öfters würden sich die Kirchen hier zurückziehen.

KRin Fiegel-Hertrampf erkennt ebenfalls das „Wegbröckeln“. Man müsse das Augenmerk verstärkt auf neue Wohnformen und die gegenseitige Unterstützung von Jung und Alt richten, vielleicht auch in Form einer Genossenschaft.

Der Vorsitzende schlägt den Bogen zum vorigen Tagesordnungspunkt: auch diese Aspekte sollen im seniorenpolitischen Konzept ausgearbeitet werden.

KR Ewald möchte die Öffentlichkeitsarbeit und die Kommunikation weiter verstärken.

KR Steiner warnt (nach eigenen Erfahrungen mit einer energiepolitischen Genossenschaft) vor dem Konstrukt Genossenschaft und rät zu anderen Organisationsformen.

KR Kellenberger gibt zu bedenken, dass diese negativen Erfahrungen nicht ohne weiteres auf diese Thematik übertragen werden können. Seiner Meinung nach hätte die Bildung einer Genossenschaft durchaus Vorteile.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozialausschuss den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis.

Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern

§ 24

Entwicklungen in Deutschland im Jahr 2014

Frau Raedler nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsvorlagen sowie die verteilten Tischvorlagen (siehe Anlagen) und berichtet über die Entwicklung der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland.

KR Spangenberg registriert ein gutes Klima im Landkreis Ravensburg. Dies sei für alle Beteiligten von großem Vorteil. Problematisch seien allerdings die Abschiebungen, die oft „sehr ungut“ ablaufen würden.

Der Vorsitzende informiert, dass die Abschiebungen außerhalb des Einflussbereiches des Landkreises ablaufen. Der Kreis werde auch nicht über anstehende Abschiebungen informiert. Es sei eine große Herausforderung, hier „Staat“ und „Menschlichkeit“ zusammen zu bringen.

KR Schuler kritisiert, dass nach wie vor viele Plätze von Personen belegt werden, die aus Nicht-Flüchtlingsländern kommen. Für die Helferkreise bedeute dies eine enorme Belastung. Er interessiert sich für die Arbeitsmöglichkeiten nach den ersten Monaten und für die Einbindung der Agentur für Arbeit.

Der Vorsitzende verweist diesbezüglich auf die nachfolgenden Tagesordnungspunkte. Grundsätzlich laufe beim Thema Flüchtlingsaufnahme seiner Einschätzung nach sehr viel falsch, beim Land und dem Bund bis hin zur EU. Die Asylsuchenden aus den Nicht-Flüchtlingsländern müssten bereits in den Landesaufnahmestellen abgewiesen werden, um die Vorort-Unterbringung nicht zusätzlich zu belasten.

Ohne weitere Wortmeldung nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis.

§ 25

Aktuelle Entwicklungen im Landkreis Ravensburg - Sachstand

Herr Immeke verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und berichtet mit einer PowerPoint-Präsentation über die Situation im Landkreis Ravensburg.

Auf Nachfrage von KRin Müller erläutert Herr Thiel die Verankerung der Leistungen zu Bildung und Teilhabe direkt im AsylbLG.

KRin Fiegel-Hertrampf hinterfragt die Aktualität der Liste „Standorte Asylbewerberunterbringung“.

Herr Immeke erklärt den Aufbau der Liste und das Fortschreibungsverfahren (nur die wirklich konkret gewordenen Vorhaben werden in der Liste dargestellt).

KRin Müller tauscht sich mit Frau Raedler über den Standort Schützenstraße in Ravensburg aus, über die Gespräche mit der Stadt und über die dortige Sozialbetreuung.

KRin Pfluger befürchtet zunehmende Probleme mit schwangeren Asylbewerberinnen. Sie vermisst einheitliche und klare Regelungen zu finanziellen Unterstützungsleistungen.

Frau Raedler teilt mit, dass derzeit nach einer pragmatischen Lösung gesucht werde, die zu gegebener Zeit im Ausschuss vorgestellt werden solle.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis.

§ 26

Flüchtlinge im Kreis Ravensburg: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2014

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die verteilten Tischvorlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Grünen-Fraktion.

Frau Meschenmoser ergänzt, dass wohl alle Beteiligten dieselbe Frage umtreibt: „Wie können die vorhandenen Mittel gezielt da eingesetzt werden, wo Flüchtlinge mit Bleibeprognose profitieren?“ Bei Flüchtlingen aus Herkunftsländern, bei denen lediglich eine zweiprozentige

Anerkennungsquote besteht, scheine es wenig sinnvoll, die Sprachfördermittel zu verwenden. Hier müsse eine Kanalisierung auf Asylbewerber mit einer mittleren bis hohen Bleibeprogno­se erfolgen. Eine hohe Anerkennungsquote herrsche bei den Ländern Syrien, Irak und Eritrea.

KR Spangenberg erklärt die Intention des Antrags: einen Weg vorzugeben, um den Ver­pflichtungen in der Flüchtlingsunterbringung gerecht zu werden. Er begründet nochmals die Ziffern 1 bis 5 des Antrags. Es sei deutlich erkennbar, dass sich seit dem Zeitpunkt der An­tragstellung „ganz viel getan hat“.

Auf Frage von KR Spangenberg schildert Herr Thiel die Regelungen zur Arbeitsaufnahme. Wie in anderen Bereichen auch, erfolge eine Einstellung der staatlichen Leistungsgewäh­rung, sobald jemand für sich selbst sorgen kann. Allerdings bleibe ein Freibetrag in Höhe von 25 % anrechnungsfrei, gedeckelt auf die Hälfte der Leistungen.

Der Vorsitzende fasst zusammen: Die Verwaltung habe sich im weiteren Vorgehen an den „Leitlinien der Grünen-Fraktion“ orientiert.

KR Spangenberg bemerkt abschließend: „Der Weg ist das Ziel! Bitte so weiterarbeiten!“

Frau Meschenmoser schlägt vor, den Bericht nur zur Kenntnis zu nehmen und nicht über die Nr. 2 des Beschlussvorschlags zu beschließen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis.

§ 27

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014

Der Vorsitzende verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen).

KRin Müller stellt fest, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zwischenzeitlich nicht mehr viel Sinn mache. Allerdings habe sich die Zahl der Flüchtlinge seit Dezember 2014 wieder erhöht, was wiederum Auswirkungen auf die Stellenzahl bei der Sozialbetreuung

haben könne.

Frau Raedler bestätigt, dass die Steigerung in der Kalkulation der Stellenbedarfsberechnung berücksichtigt worden sei. Im Moment bestehe kein Anpassungsbedarf.

KRin Müller zieht daraufhin den Antrag wieder zurück.

§ 28

Betreuung von Menschen mit Behinderungen: Ambulant betreutes Wohnen (abw plus) - Verhältnis stationäre Plätze zu ambulanter Versorgung

Frau Gegenbauer verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und berichtet über das Verhältnis von ambulanten und stationären Plätzen im Landkreis Ravensburg.

KRin Müller hält es für sehr wichtig, die Behinderteneinrichtungen in die weitere Entwicklung der Behindertenhilfe einzubinden.

KR Steiner erkundigt sich nach den Qualifikationen der Betreuer beim ABW plus.

Frau Gegenbauer führt aus, dass diese vom jeweiligen Hilfebedarf im Einzelfall abhängen.

KRin Pfluger stellt fest, dass das Angebot ABW plus zwar nicht zu einer Senkung der stationären Plätze geführt habe. Ein wichtiger Effekt in diese Richtung sei jedoch zu verzeichnen.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis.

§ 29

EU-Projekt "Kinder im seelischen Gleichgewicht" - Sachstandsbericht

Frau Hemme verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt das EU-Projekt mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozialausschuss den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Anfragen und Bekanntgaben

§ 30

Anfragen und Bekanntgaben - Fortschreibung der Psychiatrieplanung

Frau Raedler fasst den aktuellen Stand der Fortschreibung der Psychiatrieplanung zusammen (siehe Anlage).

Es erfolgt keine Wortmeldung. Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

§ 31

Anfragen und Bekanntgaben - Jahresziele 2015 des Suchthilfenetzwerks Bodensee-Oberschwaben

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie das als Tischvorlage verteilte Austauschblatt (siehe Anlagen) und geht auf die Jahresziele 2015 des Suchthilfenetzwerkes ein.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Sozialausschuss am 10.03.2015:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

§ 32

Antrag des CJD auf Komplementärmittel für das Welcome Center Bodensee-Oberschwaben

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird abgelehnt.

Damit wird der Komplementärfinanzierung zugestimmt, allerdings mit einer Berichtspflicht vor Ende des Modellzeitraums von 2 Jahren.

§ 33

Integration von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen - Richtlinie des Landkreises Ravensburg zur Integration/Inklusion (KiTa-RL)

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Dem Entwurf der Richtlinien des Landkreises Ravensburg zur Inklusion/Integration von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen (KiTa-RL) in der als Anlage beigefügten Fassung mit einer Kostenbegrenzung auf 60 Monatsstunden wird zugestimmt.

Spätestens im Mai 2017 ist dem Sozialausschuss über die Folgen der Richtlinien des Landkreises Ravensburg zur Inklusion/Integration von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen (KiTa-RL) zu berichten, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der bestehenden Kostendeckelung.

Z. B.

Vorsitzender

Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Peter Müller

Wolfgang Nippe